Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege



15.10.2024

Austausch zwischen Politik und Praxis:

Dringender Handlungsbedarf um die Zukunft der Psychosozialen Zentren für Geflüchtete (PSZ) zu sichern

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) und die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAfF) forderten heute während eines Austausches mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages den Ausbau der Psychosozialen Zentren (PSZ). Sie hatten zu einem Parlamentarischen Frühstück unter der Schirmpatenschaft von Filiz Polat (Bündnis 90/Die

Grünen) und Helge Lindh (SPD) eingeladen, um über die Bedeutung und Zukunft der Arbeit der Psychosozialen Zentren (PSZ) zu diskutieren.

Etwa ein Drittel der nach Deutschland geflüchteten Menschen leidet unter psychischen Erkrankungen wie posttraumatischen Belastungsstörungen, Depressionen oder Angstzuständen. Trotz des akuten Bedarfs bleibt die psychosoziale Versorgung oft unzureichend. Dies belastet nicht nur die Betroffenen, sondern führt auch zu hohen Folgekosten für Bund, Länder und Kommunen.

Mit Blick auf den Bundeshaushalt für 2025 fordern BAGFW und BAfF eine nachhaltige, bedarfsdeckende Finanzierung. Es brauche derzeit mindestens 27 Millionen Euro aus Bundesmitteln, um die PSZ flächendeckend weiterführen zu können. Im aktuellen Haushaltsentwurf ist jedoch eine Kürzung um 6 Millionen Euro vorgesehen, sodass für das Bundesprogramm nur noch 7,13 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Diese Unterfinanzierung gefährdet nicht nur die Versorgung der Geflüchteten, sondern auch die Strukturen der PSZ selbst: Insolvenzen und der Verlust von Fachkräften seien unausweichlich, wenn nicht rasch gehandelt wird.

Die finanzielle Lage der PSZ hat sich im Jahr 2024 verschlechtert. „Nach dem Erhalt zusätzlicher Bundesmittel in 2022 und 2023, mussten wir in 2024 aufgrund massiver Kürzungen viele Angebote wieder einschränken“, erklärt Nadja Saborowski, stellvertretende Bereichsleitung Jugend- und Wohlfahrtspflege des DRK für die BAGFW. „Das hat unmittelbare Auswirkungen auf die Unterstützung unserer Klient:innen.“

„Die Psychosozialen Zentren leisten bundesweit aus humanitärer und

gesundheitsökonomischer Sicht unverzichtbare Arbeit“, betont Lukas Welz, Geschäftsleitung der BAfF. „Mit ihren multiprofessionellen Teams bieten sie ganzheitliche Unterstützung – von psychotherapeutischer Behandlung über Sozialberatung bis hin zur Rechtsberatung. Diese Angebote sind entscheidend für die psychosoziale Gesundheit und die Teilhabe von Schutzsuchenden, sei es im Sozialraum oder am Arbeitsmarkt. Die Psychosozialen Zentren sind oft der einzige Ort, an dem Menschen, die Folter, Krieg und andere schwere Menschenrechtsverletzungen erlitten haben, die Möglichkeit haben, ihre traumatisierenden Erfahrungen zu bearbeiten.“

Katja Eisenkolb vom PSZ Dresden hebt hervor: „Unsere Arbeit zeigt, dass durch frühzeitige psychosoziale Unterstützung kostenintensive Folgebehandlungen, wie stationäre Versorgungen, vermieden werden können. Die PSZ fungieren zudem als wichtige Vermittlungsinstanzen für andere Akteur*innen im Gesundheits- und Sozialwesen.“

Weitere Infos:

BAGFW-Factsheet
PSZ: https://www.bagfw.de/fileadmin/user_upload/2024/FA_Migration_FactSheets/2024-09-16_Fact_Sheet_PSZ_BAGFW_aktualisiert_.pdf

Versorgungsbericht der
BAfF: https://www.baff-zentren.org/wp-content/uploads/2024/06/BAfF_VB2024_web_01.pdf

Zum Seitenanfang